
Ihr Schreiben

*Es droht doch
ein Schulkampf*

Zu „Wir sollten uns einen Schulkampf ersparen“ (SZ vom 21. Juli)

Was Gesprächs- und Kompromissbereitschaft signalisieren soll, ist in Wirklichkeit die Ankündigung, die schulischen Reformvorhaben auch an der Bevölkerung vorbei durchzusetzen. Denn wie anders ist es zu verstehen, wenn Minister Kessler zwar „vom Grundsatz her“ für Volksentscheide ist, in diesem Fall aber dem Land einen „Schulkampf“

ersparen möchte. Dies ginge aber am einfachsten, indem man die Schulen einfach einmal in Ruhe ließe: Allein das Gymnasium hat unter der alten Regierung zwei gravierende Strukturänderungen durchmachen müssen. Beide sind bisher noch nicht objektiv evaluiert. Die neue Regierung hat mittels der Stundentafeländerung nebst der fatalen Abwahlmöglichkeit von Fächern in der Klassenstufe 10 den Bestand des Klassenverbandes für dieses Schuljahr quasi unmöglich gemacht. Minister Kessler wird, wenn er an seinem Vorhaben festhält, den Schulkampf bekommen, ob mit oder ohne Volksentscheid!

*Jürgen Mathieu,
Spiesen-Elversberg*

Meine Antwort



Johannes Schleuning, Redakteur der Saarbrücker Zeitung, meint dazu:

Sehr geehrter Herr Mathieu,

es klingt in der Tat wenig überzeugend, wenn der Bildungsminister Volksentscheide befürwortet, sie im gleichen Atemzug aber nicht hilfreich nennt. Sowaas nährt den Verdacht, dass die Politik Bürgerdemokratie lediglich als populäres Wahlkampfthema schätzt. Ein ehrliches Wort wäre besser. Denn man kann sehr wohl darüber streiten, ob ein Mehr an Bürgerdemokratie immer auch ein Plus für den Fortschritt bedeutet. Allerdings: Wenn Kessler alle von der Schulreform betroffenen Gruppen einbindet, wird man ihm kaum Willkür unterstellen können. Zumal er offenbar zu Zugeständnissen bereit ist.
Ihr Johannes Schleuning